

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
A. Roederer,
für den übrigen redakt. Theil:
S. Schmiedehaus,
sämtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. J. Nothe in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. H. Schell, Hofliefer.,
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
O. Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Schaplewski,
in Meseritz bei H. Kallias,
in Breschen bei J. Jodelohr
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. J. Danke & Co.,
Saasenstein & Fogler, Rudolf Hofse
und „Invalidendank“.

Nr. 36.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 15. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Am tliche s.

Berlin, 14. Januar. Der König hat den Konfistorial-Rath
Hempel zu Hannover, den General-Superintendenten Steinmetz zu
Stade und den General-Superintendenten Varing zu Aurich zu
außerordentlichen Mitgliedern des königlichen Landes-Konfistoriums
zu Hannover ernannt, sowie dem Kreis-Physikus Dr. Klingenhoeffer
und dem praktischen Arzt Dr. Schellies zu Frankfurt a. M. den
Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Forst-Major Roth ist zum Oberförster ernannt und dem-
selben die durch den Tod des Oberförsters v. Schrader erledigte
Oberförsterstelle zu Walsrode im Regierungsbezirk Lüneburg über-
tragen worden.

Dem ordentlichen Lehrer Friedrich Busch am Gymnasium zu
Arnsberg ist der Titel „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Vom Militär-Etat sind noch zwei Titel des Extra-Di-
nariums, deren Verhandlung wegen Abwesenheit des Referenten
Freiherrn von Huene gestern ausgesetzt war, zur Debatte gestellt.
Dieselben betreffen Beschaffungen aus Anlaß der Ver-
änderung der Wehrpflicht und Beschaffungen für Artil-
leriezwecke.

Berichterstatter Abg. v. Huene (Zentrum) theilt mit, daß
diese beiden Titel in einer Subkommission berathen seien, in wel-
cher die Vertreter der Militärverwaltung eingehende Mittheilungen
gemacht hätten.

Die Veröffentlichung von Einzelheiten könnte den Erfolg der
beabsichtigten Maßnahmen in Frage stellen. Die Kommission
empfehle die Annahme beider Positionen.

Die Titel werden ohne Debatte bewilligt.
Das Haus beräth hierauf über die
Fortdauer des Mandats des Abgeordneten
Dr. Delbrück.

Dr. Delbrück hat dem Hause mitgetheilt, daß ihm seit 1. März
v. J. in seiner bisherigen Stellung als Professor ein Gehalt be-
willigt sei, es handelt sich nunmehr um die Frage, ob hierdurch
das Mandat des Abgeordneten erloschen sei.

Die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt, das
Mandat für erloschen zu erklären.

Abg. Frhr. v. Unruh-Bomst (Np.) vertritt die Minderheit
der Geschäftsordnungs-Kommission, welche der Ansicht ist, daß das
Mandat des Abgeordneten Delbrück nicht erloschen sei, weil es sich
nicht um die Verleihung eines neuen Staatsamts handle, sondern
die Befolgung lediglich bei einem schon vorhandenen Staatsamt
hinzugekommen sei; die bezügliche Verfassungsbestimmung beziehe
sich aber nur auf Verleihung eines neuen Staatsamts.

Abg. Klemm (kon.) erklärt sich für die Ansicht der Kommission,
welche darauf basirt, daß der Eintritt einer Befolgung dem
Staatsamte einen ganz neuen Charakter gebe, welcher die Anwen-
dung des betreffenden Verfassungsartikels geboten erscheinen lasse.
Der Ausdruck „besoldetes Staatsamt“ sei ein einheitlicher untheil-
barer Begriff, der bei jeder Gehaltsverleihung zutrefte.

Abg. Minteln (Centr.) ist gegen die Ungültigkeitserklärung.
Die ratio legis der Bestimmung sei die, wie weit ein Wähler aus
dem Eintritt eines Gewählten in den Staatsdienst Veranlassung
nehmen könne, ihm das Mandat zu entziehen. In diesem Falle
aber sei das Staatsamt schon vorhanden gewesen und nur die Be-
stallung hinzugekommen.

Abg. Traeger (Dfr.) hält die ratio legis bei Verfassungsbe-
stimmungen für gleichgültig; der Hauptnachdruck der Bestimmung
des Art. 21 der Verfassung liege auf dem Worte „Bestallung“ und
das Gehalt sei hier das Entscheidende. Ohne Rücksicht auf die
Person, lediglich mit Rücksicht auf eine genaue Innehaltung der
Verfassung erkläre er sich für den Beschluß der Kommission.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird das Mandat des
Abg. Dr. Delbrück für erloschen erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Webstky,
10. Breslau, (nl.), gegen welche ein Wahlprotest vorliegt. Die
Wahl des Abg. Webstky hat schon einmal das Haus beschäftigt und
damals wurde nach längerer Verhandlung die Beschlußfassung aus-
gesetzt und der Reichskanzler um Anstellung von Ermittlungen
über den vorliegenden Protest ersucht. Bekanntlich ist Abg. Webstky
nur mit 161 Stimmen Majorität in der Stichwahl gegen den frei-
willigen Kandidaten Stadthauptmann Gerty gewählt worden. Der
Wahlprotest behauptet nun, daß das Resultat der Wahl beeinflusst
worden sei durch das Vorkommen von Unregelmäßigkeiten, einmal
durch falsche amtliche Bekanntmachung des Wahltermins in meh-
reren Bezirken, dann durch direkte Wahlbeeinflussungen seitens des
Landraths v. Vieres und des Kreis-Schulinspektors Gregorovius, so-
wie der diesen unterstellten Beamten.

Die Wahlprüfungs-Kommission (Berichterstatter Abg.
Beiel) beantragt, die Wahl des Abg. Webstky für gültig zu
erklären, indem sie davon ausgeht, daß die Protestbehauptungen
theils unerheblich, theils unerwiesen seien.

Abg. Groeber (Zentr.): Wenn auch eine Reihe von Punkten
des Protestes sich als unerheblich oder unbewiesen gezeigt hat, so
glaube ich doch, daß in der Hauptsache die Protestbehauptung sich
als richtig darstellt. Das beweist auch, daß in der Kommissi-
on sechs Mitglieder Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl ge-
habt, während nur acht Mitglieder sich für die Gültigkeit erklärt
haben. Zweifelloß haben Beeinflussungen von Arbeitern stattge-
funden zu Gunsten des Herrn Webstky durch Fabrikbeamte vermit-
telt Drohungen mit Entlassung, wenn die Arbeiter für Dr.
Gerty stimmen würden. Das fällt bei der geringen Anzahl der
Mehrheitsstimmen schwer ins Gewicht. Daß der Landrath Vieres
die gegenständlichen Parteien als unpatriotisch bezeichnet und gegen sie
zu stimmen aufgefordert hat, dagegen müssen wir mit aller Energie
protestiren. Es hat keine Behörde das Recht, irgend eine Partei,
weil sie wirtschaftlich oder politisch gegen die Regierung ist, als
anpatriotisch und als Reichsfeinde zu bezeichnen. Wir haben alle

unser Blut für das Vaterland vergossen und sind ebenso gute Pa-
trioten wie die Kartellparteien. (Beifall im Centrum und links.)
Ferner haben ungelegliche Beeinflussungen stattgefunden, so seitens
des Betriebs-Inspektors Bothe durch eine Ansprache an die unter-
gebenen Eisenbahn-Unterbeamten, für Dr. Webstky zu stimmen.
Ebenso ungeleglich nach Inhalt und Form war das bekannte Rund-
schreiben des Kreis-Schulinspektors Gregorovius an die Lehrer eben-
falls zu Gunsten des Dr. Webstky, worin zweifellos eine amtliche
Wahlbeeinflussung und Mißbrauch der Amtsbefugnisse zu erblicken ist.
Würde der Reichstag ein solches Schreiben als nicht amtlich kenn-
zeichnen, dann ist es mit der Wahlfreiheit vorbei. (Zustimmung
im Centrum.) Die Kommission hat in ihrer Mehrheit weitere Be-
weiserhebungen abgelehnt, jetzt soll die Mehrheit auch nicht damit
kommen, daß die Protestbehauptungen nicht hinlänglich bewiesen seien.
(Sehr richtig! links und im Centrum.) Auf das tatsächliche Re-
sultat haben diese Beeinflussungen jedenfalls eingewirkt, wenn sich
auch das mathematisch nicht genau berechnen läßt. Herr Webstky
ist mit nur 161 Stimmen mehr gewählt worden. Nun kommen in
Frage 60 Fabrikarbeiter, 19 Eisenbahnbeamte und 171 Lehrer,
welche ohne Beeinflussung, wenigstens zum Theil, vielleicht anders
gestimmt hätten. Deshalb muß die Wahl des Abg. Dr. Webstky
falsch werden. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Hegel (Np.): Aus den vielen Punkten des Wahlprotestes
bleiben nur wenige, die überhaupt hier in Betracht kommen. Davon
ist der Fall des Kreis-Schulinspektors Gregorovius schon vom preu-
ßischen Kultusminister rektifizirt worden. Die noch bleibenden
Punkte sind keineswegs genügend aufgeklärt, die Zeugenbefragungen
stimmen zum größten Theil nicht mit den Behauptungen des Pro-
testes überein. Namentlich ist unter Anderem nicht erwiesen die
Behauptung, daß der Direktor Mönning die Stimmabgabe seiner
Arbeiter genau kontrollirt habe, und jedenfalls ist der im Protest
behaupete Dolus in keiner Weise erwiesen worden. Allerdings,
wenn man mit Voreingenommenheit an die Sache herangeht, kommt
man zu entgegengesetzten Schlüssen. Auch die Angaben über die
Beeinflussung durch den Betriebsinspektor Bothe ist nicht erwiesen;
er hat nur gesagt, Derjenige werde am besten gewählt, der die
Verhältnisse der Gegend genau kenne; alles Andere ist in Abrede
gestellt worden. Auch die Beeinflussung von Fabrikarbeitern durch
den Direktor Thiele ist nicht nachgewiesen. Derselbe hat nur er-
klärt, er dulde keine sozialdemokratischen Arbeiter, und das steht
ihm doch frei; außerdem hat er nur erklärt, die Arbeiter könnten
wählen, wie sie wollten, falls aber durch den Ausfall der Wahl
seine Ernährungsverhältnisse sich änderten, müßten die Arbeiter sich
eventuell auf eine Herabsetzung der Löhne gefaßt machen. (Ala!
links.) Auch die Beeinflussung durch Kreis-Schulinspektor Gregoro-
vius ist nicht maßgebend für das Wahlergebnis, denn es müßten 82
Lehrer, die in ihrem Herzen freisinnig waren, sich durch das
Schreiben eines Beamten beeinflusst gefühlt haben, jetzt für Herrn
Dr. Webstky zu stimmen. Zur Ehre der Lehrer muß ich annehmen,
daß sie so schwankend in ihrer staatsbürgerlichen Gesinnung sich
nicht gezeigt haben werden. (Lachen links.) Es läßt sich absolut
nicht nachweisen, wie viel von den Lehrern durch das Schreiben
beeinflusst sind. Legt der Reichstag in der That solchem Schreiben
so viel Gewicht bei, daß er eine Wahl deswegen für ungültig er-
klärt, so kann leicht durch gewissenlose Beamte Ungültigkeit von
Wahlen herbeigeführt werden. Ich empfehle, an den bewährten
Grundsätzen der Wahlprüfungs-Kommission festzuhalten.

Abg. Richter (Dfr.): Es wäre in der That bezeichnend, wenn
der Reichstag als eine seiner letzten Handlungen dem Vorschlage
der Kommission folgte. Das vorige Mal hat der Reichstag die
Kommission desavouirt, er erkannte nicht an, daß die Dinge so
harmlos liegen, wie Herr Hegel meinte. Bei welcher wohlgegrün-
deten Wahlpraxis sollen wir denn nach Herrn Hegel bleiben?
Wohl bei der jüngsten, die sich in den letzten drei Jahren heraus-
gebildet hat? Ich erinnere bei dieser Wahl an den Fall Eisenlohr.
Damals handelte es sich um einen Wahlprotest der Konservativen
gegen einen Nationalliberalen. Der Konservative war Freiherr
von Marschall, der jetzige Bundesrathsbevollmächtigte für Baden
und der Nationalliberale war der Landeskommissar v. Eisenlohr.
Da hatte ein Bürgermeister in einem Dorfe die Bürger aufgefordert,
für Herrn v. Eisenlohr zu stimmen. Trotzdem der Bürgermeister
mehr Bürger als Staatsbeamter war, ist diese Wahl von konser-
vativer Seite als widerrechtliche obrigkeitliche Beeinflussung darge-
stellt und die Wahl Eisenlohr falsirt worden. Welch ein Gegen-
satz zwischen damals und heute! Hier handelt es sich um das notorische
Schreiben eines amtlichen Vorgesetzten an die untergebenen Lehrer.
Konsequent müßten bei der Berechnung des Wahlergebnisses die 171
Stimmen abgezogen werden. Das ist das Verfahren der früheren
Wahlprüfungs-Kommission und aller Sachverständigen. (Sehr
richtig! links und im Centrum.) Nun kommen die Herren und ver-
langen den Beweis, welche Lehrer für Webstky gestimmt haben.
Das ist doch etwas mehr als harmlos. Dann sind amtliche Wahl-
beeinflussungen überhaupt nicht mehr auf der Welt. Alles ist in
der Ordnung. Der Minister braucht bloß, wie Herr v. Bennigsen
einmal gesagt hat, auf den Knopf zu drücken und die Maschinerie
geht nach dem Willen des Ministers. Von Wahlbeeinflussungen ist
gar nicht die Rede mehr. Das Wahlrecht ist dann aber ein Hohn.

Die Wahlprüfungs-Kommission geht hier an notorischen Dingen
vorüber, als ob sie gar nicht vorhanden wären, nur weil sie in der
Kommission nicht von neuem erörtert worden sind. So existirt der
Fall des Lehrers Sommer für die Herren gar nicht. — Will denn
die Kommission das ganze Wahlprüfungs-Geschäft zu einem Forma-
lismus herabdrücken? Sie muß nach großen, breiten Gesicht-
spunkten, für welche das Volk Verständnis hat, entscheiden und nicht
nach juristischem Formelwerk, als ob sie ein Gerichtshof wäre, der
über einen Angeklagten zu urtheilen hat. Eigenthümlich ist auch
die Ansicht der Kommission über die Art, wie über gewisse Protest-
behauptungen Beweis erhoben werden soll, z. B. sollte ein Lehrer
in jedes Haus gegangen sein und dort die freisinnigen Stimmzettel
zerzissen haben. Die Vernehmung wurde nur darauf gerichtet, ob
der Lehrer wirklich auch jedes Haus aufgesucht habe; der Lehrer
hat übrigens selbst zugestanden, daß er, soweit das mit seiner Stel-
lung vereinbar war, für die Wahl von Herrn Webstky „Stimmung
gemacht“ habe. Nun, was das „Stimmungmachen“ bedeutet, wissen
wir ja. Auch die von Herrn Hegel bestrittene Kontrollirung der

Wahlstimmen in dem einen Fall ist durch eidliche Zeugenaussagen
genau erhärtet. Ebenso ist der Fall der Eisenbahnbeamten ganz
klar. Der Betriebsdirektor hat an die Unterbeamten eine Rede ge-
halten und sie sofort nachher zur Wahl geführt. — Charakteristisch
für die Art, wie die Arbeitgeber den Stimmenfang sozialdemo-
kratischer Arbeiter für sich betreiben, ist nach der „Breslauer Morgen-
zeitung“ ein Schreiben des Vorstandes des nationalliberalen Wahl-
komites an Vertrauensmänner, worin Belehrung der Arbeiter
empfohlen wird und Ertattung der Verjämmer, der Kosten und
dergeleichen in Aussicht gestellt wird. Also die Herren ließen es sich
viel Geld kosten, um die sozialdemokratischen Stimmen zu fangen.

Obwohl die amtliche Wahlbeeinflussung des Schulinspektors
Gregorovius notorisch ist, scheint es beinahe, als ob auch heute
noch die Mehrheit keinen Werth darauf legen will. Will sie etwa
noch Erhebungen anstellen, ob Gregorovius Unterredungen mit
allen 171 Lehrern gehabt hat? Das würde dem Ganzen die Krone
aufsetzen. Die Kommission sagt, das Rundschreiben des Schul-
inspektors ist als ein Schreiben an seine Gesinnungsgenossen auf-
zufassen. Ich habe an Lehrer des Wahlkreises geschrieben, und sie
haben mir erklärt, daß alle katholischen Lehrer absolut nichts mit
der Politik des Schulinspektors zu thun haben wollen, und daß sie
nicht als Gesinnungsgenossen betrachtet werden können. Auch die
protestantischen Lehrer sind keineswegs alle Gesinnungsgenossen
des Herrn Gregorovius. Die Kommission erklärt das Rundschreiben
zwar für ungeschicklich, aber nicht für unzulässig. Das ist ein ganz
neuer Moralitätsbegriff, daß ungeschickliche Dinge zulässig sind.
(Heiterkeit links.) Wahrlich eine schöne Moral! Sind das die
Grundsätze, die sich bewährt haben? (Heiterkeit links.) Hoffent-
lich werden die Neuwahlen Sie zu anderen Gründen zwingen.
(Beifall links.)

Von besonderem Interesse ist der Fall des Lehrers Sommer.
Von diesem ist gerichtlich festgestellt worden, daß er die Stimmen
für Webstky gesammelt und den Leuten das Versprechen abgekom-
men habe, für Webstky zu stimmen. Am Tage nach der Wahl hat
er sich während des Schulunterrichts bei den Wählern bedanken
lassen und dabei diejenigen Schulte genannt, die für Gerty ge-
stimmt hatten, er hat ferner die Herren Webstky und Gerty an
der Tafel untereinander schreiben lassen, daneben Zahlen, so daß die
Subtraktion 19 ergab, und dann hinzugefügt, das seien die 19 frei-
sinnigen Schulte.

Wenn die Regierung solche Reskripte an die Schulinspektoren
erläßt, wie sie hier vorgekommen sind, wenn dann weiter die Lehrer
von den Schulinspektoren aufgefordert werden, bei den Septemats-
wahlen für die Politik des Kaisers einzutreten, so ist das ein amt-
licher Mißbrauch mit dem Namen des uns allen theuren Kaisers.
Die Lehrer werden so angeregt, die Schuljugend zu vergiften.
(Oho! und Unruhe rechts, Zustimmung links.) Wenigstens die
Lehrer soll man nicht zu amtlichen Agitatoren machen.

Ich habe die Zuversicht, daß das Plenum der Kommission nicht
folgen wird. Uns könnten Sie ja an sich keinen größeren Gefallen
erweisen, als wenn Sie am letzten Tage der Wahlprüfungen der-
artige Vorkommnisse billigten. Aber ich bin nicht so Parteianhänger,
dies zu wünschen. Das Ansehen des Reichstags und die Erfüllung
der Wahlfreiheit steht immer höher als jedes Parteinteresse, und
jede Partei hat die Verpflichtung, dieses Wahlrecht, das die Grund-
lage unserer Verfassung ist, auf welcher der Reichstag beruht, heilig
zu halten. Jede Beeinflussung, gleichviel von welcher Seite sie
ausgeht, muß rückwärts zurückgewiesen werden. Erklären
Sie die Wahl Webstky für ungültig! Damit werden Sie dem An-
sehen des Reichstags einen wesentlichen Dienst erwiesen haben.
(Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Berichterstatter Abg. Beiel (nl.) führt aus, die Kommission
habe im Anschluß an die frühere Praxis verfahren und sei zu ihrem
Vorschlage durch die Erwägung geführt worden, daß die im Protest
angeführten Punkte, soweit sie erwiesen seien, nicht als wesentlich
für das Wahlergebnis angesehen werden könnten.

Abg. Singer (Soz.): Diese Wahl ist typisch für die letzten
Wahlen überhaupt, durch welche die jetzige Majorität zusammen-
gebracht ist. Amtliche Wahlbeeinflussungen und Verleitung des
Wahlgeheimnisses sind die Faktoren, denen Herr Webstky und die
Kartellmehrheit hier ihren Sitz verdankt. Es handelt sich auch bei
den Beeinflussungen der Fabrikherren auf ihre Arbeiter nicht um
die Freiheit jedes Arbeitgebers, seine Fabrik von Sozialdemokraten
freizubalten, wie Herr Hegel meint — wer heute Arbeiter haben
will, muß Sozialdemokraten nehmen, darüber kann kein Zweifel
sein — sondern es handelt sich um den Mißbrauch der Eigenschaft
als Arbeitgeber, um in unzulässiger Weise eine Wahl herbeizufüh-
ren, die seinen politischen Ansichten entspricht. Denn der betref-
fende Fabrikbesitzer hat erklärt: wer einen Sozialisten wählt, wird
entlassen! Das ist ein absoluter Mißbrauch der Stellung eines
Unternehmers zu wirtschaftlich von ihm abhängigen Leuten. Willst
das der Reichstag, so wird das Volk einsehen, daß der jetzige
Reichstag kein Ohr für Verletzungen der Wahlfreiheit hat. Ueber
die Kontrolle über die abgegebenen Wahlstimmen wundere ich mich
nicht, solche Dinge sind auch anderswo vorgekommen; aber es bleibt
doch eine flagrante Verletzung des Wahlgeheimnisses, die nie und
nimmer begibt werden kann. Der Fall Gregorovius ist zur Ge-
nüge beleuchtet worden, der Herr hätte, statt zum Sentinardirektor
befördert zu werden, bestraft werden müssen, weil er die Lehrer in
Widerspruch gebracht hat mit ihrer eidlichen Pflicht.

Drei Jahre hindurch ist der Wahlkreis des Herrn Webstky durch
einen mit ungeschicklichen Mitteln gewählten Abgeordneten vertreten
worden, und wenn jetzt der Reichstag die Wahl Webstky für gültig
erklärt, dann wird bei der nächsten Wahl die Antwort des Wahl-
kreises nicht ausbleiben. Die verwerflichen, unmoralischen Beein-
flussungen der Beamten und des Unternehmertums werden die
härteste Verurtheilung erfahren, und die Majorität hätte alle Ver-
anlassung, noch in allerletzter Stunde sich auf ihre Pflicht gegen-
über der Wahlfreiheit zu besinnen und die Wahl zu falsiren. Wir
stimmen selbstverständlich für die Ungültigkeit der Wahl.

Abg. Kulemann (nl.) bedauert, daß für Wahlprüfungen an
Stelle der Kommission nicht eine besondere Behörde bestünde. Aller-
dings müßte nicht nach Gemüthsregungen, sondern nach festen,
förmlichen Gesichtspunkten entschieden, und der Zusammenhang zwischen
Wahlbeeinflussungen und dem ziffermäßigen Resultat bewiesen

werden. Zwar halte er die Beweiswürdigung der Kommissionsmehrheit in vielen Punkten für nicht richtig, aber das Gesamtergebnis einer objektiven Untersuchung der Wahlvorgänge führe doch zu der Gültigkeitserklärung dieser bestrittenen Wahl.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.) ist der Ansicht, daß schon das Rundschreiben des Kreisschulinspektors hinreichen müsse, die Wahl für ungültig zu erklären, ganz abgesehen davon, daß dem Schreiben vorher mündliche Unterredung in gleichem Sinne vorangegangen sei. Es sei ein Mißbrauch von Autorität in vielfacher Form vorgekommen, was mit der Wahlfreiheit unverträglich sei. Die Wahl müsse für ungültig erklärt werden. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Diskussion. Die Wahl des Abgeordneten Dr. Weßky wird gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und der Minderheit der Nationalliberalen für ungültig erklärt.

Eine Reihe von Petitionen werden hierauf als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Antrag Barth betr. Aenderung des Wahlgesetzes, Antrag Richter betr. Militärgerichtsordnung, Antrag Huene betr. Wehrpflicht der Geistlichen, Anträge Windthorst betr. Aufhebung des Expatrationsgesetzes und betr. Reichsverhältnisse im Schutzgebiet und Antrag Adernann betr. Befähigungsnachweis.)

Ueber die geschäftliche Lage des Hauses theilt der Präsident mit, daß zunächst die Berathung der Dampfervorlage in Aussicht genommen sei, daß dagegen noch nicht feststehe, ob die 2. Berathung des Sozialistengesetzes vor oder nach der 3. Lesung des Etats stattfinden wird.

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

L. C. Berlin, 14. Januar. In der Holländischen 2. Kammer liegt in diesem Augenblick ein Antrag auf Einführung von Getreidezöllen vor, woraus eine Amsterdamer Getreidefirma (M. u. N. de Monchy) Veranlassung nimmt, in ihrem Januarberichte die jetzt von schutzöllnerischer Seite in Holland verwerfliche Behauptung, daß das Ausland den Zolltrage, zahlenmäßig zu beleuchten. Der Bericht giebt die Möglichkeit zu, daß ein großes Reich, welches nur einen Theil seines Bedarfs vom Ausland zu beziehen hat, durch plötzliches Erschweren des Imports zeitweilig einen Druck auf das Ausland ausüben könnte. Daraus aber könne man nicht den Schluß ziehen, daß der Importzoll vom Auslande getragen werde. Zum Beweise des Gegentheils stellt der Bericht die Getreidepreise in Berlin und Amsterdam aus den Jahren 1880—89 neben einander. In der Zeit von 1874—79, wo Deutschland keinen Roggenzoll und Holland bis zum 1. Juli 1877 nur einen unbedeutenden statistischen Zoll erhob, waren die Preise an den beiden Märkten gleich, während im Zeitraum 1880—84, wo der deutsche Roggenzoll 1 Mk. pro 100 Kgr. (= 12,60 Gulden pro 2100 Kgr.) betrug, die Berliner Preise ungefähr um denselben Betrag, nämlich um 11 Gulden höher standen. In den Jahren 1885—87, also in der Zeit, wo Deutschland einen Roggenzoll von 3 Mk. hatte (= 37,80 Gd. pro 2100 Kgr.), betrug die Differenz der Preise zwischen Berlin und Amsterdam im Durchschnitt 34 Gulden für 2100 Kgr. zu Gunsten Amsterdams, mit andern Worten 2100 Kgr. Getreide waren in Amsterdam um 34 Gd. billiger zu kaufen als in Berlin. Mitte Januar 1885 standen die Berliner Preise um 25 Gd. höher als in Amsterdam, aber schon Mitte Juli betrug die Differenz 36 Gd., hob sich Januar 1886 auf 37 Gd., fiel Juli 1886 auf 35 Gd. und stieg Juli 1887

wieder auf 36 Gd. Thatsächlich war also, wenn man von dem ersten Halbjahr 1885 abieht, der Roggenpreis in Amsterdam bis auf eine Differenz von 1,80 Gd. um den vollen Betrag des deutschen Zolles niedriger als in Berlin. Ähnliche Resultate ergiebt die Zusammenstellung der Preise in den Jahren 1888/9, wo der deutsche Roggenzoll M. 5 pro 100 Kilogramm = 63 Gulden pro 2100 Kilogramm betrug. Mitte Januar 1888 war der Preis in Berlin um 50 Gd. höher als in Amsterdam, Mitte Juli 1888, 58 Gd., Mitte Januar 1889 um 64 Gd., Mitte Juli 1889 um 61 Gd., so daß also der Berliner Preis im Vergleich zu Amsterdam nur um zwei Gulden pro 2100 Kilogramm hinter dem vollen Betrage des Zolles zurückblieb. Das Fallen der Roggenpreise hat der deutsche Getreidezoll, wie aus der Zusammenstellung der Preise seit 1874 hervorgeht, nicht verhindern können. Wenn Deutschland also, so sagt der Bericht, behauptet, seine Roggenpreise seien nicht gestiegen, wenn gleich die Zolldifferenz Mk. 50 pro 1000 Kilogramm = 63 Gd. pro 2100 Kilogramm ausmacht, so hat doch der Holländer eben sein Brot erheblich billiger kaufen können, mit anderen Worten: der deutsche Konsument hat den Getreidezoll getragen und muß heute noch trotz der Steigerung der Preise den Getreideproduzenten für das Fallen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt schadlos halten.

Der Kaiser unternahm am vorgestrigen Nachmittage um 2 1/2 Uhr nach Ertheilung der bereits gemeldeten Audienzen eine Ausfahrt nach dem Thiergarten. Später empfing der Kaiser den Fürsten zu Wied und wohnte darauf um 4 1/4 Uhr einem kriegsgeschichtlichen Vortrage des Generallieutenants von Wittich im königlichen Schlosse bei. Am gestrigen Vormittag hatte der Kaiser zunächst erst wieder eine Spaziersfahrt nach dem Thiergarten unternommen und hierauf gegen 10 Uhr den Vortrag des Vizeadmirals Freiherrn v. d. Goltz und demnachst auch diejenigen des Kontre-Admirals Heusner und des Kapitäns zur See Freiherrn v. Senden-Vibrant entgegengenommen. — Von Mittag 12 Uhr ab arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Generallieutenant v. Hahnke und nahm sodann gleich darauf die persönlichen Meldungen mehrerer höherer Offiziere entgegen. — Am Nachmittage hatten die Persönlichkeiten der unmittelbaren Umgebung weiland der Kaiserin Augusta und im Anschluß hieran der Fürst v. Fürstenberg die Ehre des Empfanges.

Der Kaiserin Augusta Viktoria ist von dem Hauptvorstande des Vaterländischen Frauen-Vereins vom Rothen Kreuze die Bitte ausgesprochen worden, nach der Kaiserin Augusta Majestät das Protektorat über diesen großartigen Verein zu übernehmen.

Prinz Albrecht von Preußen und dessen Gemahlin werden, wie wir erfahren, noch einige Zeit in Berlin verbleiben. — Der Großherzog und die Großherzogin von Baden besuchten gestern Abend das Augusta-Hospital und wohnten in der Kapelle daselbst einer Gedächtnißfeier für die Kaiserin Augusta bei.

Die Kaiserin von Oesterreich wird mit der Erzherzogin Valerie demnachst in Wiesbaden wieder längeren Kuraufenthalt nehmen.

Die Herzogin von Edinburgh traf heute früh in Berlin ein und stieg im Palais der Kaiserin Friedrich ab,

woselbst der Herzog von Edinburgh bereits seit voriger Woche zum Besuch verweilt.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck traf, dem „Hbg. Korresp.“ zufolge, am Sonnabend Nachmittag gegen 4 Uhr in anscheinend erfreulichster Frische von Friedrichruh in seiner bekannten zweispännigen Equipage in Schwarzenbeck ein, besuchte den königlichen Amtsgerichtsrath Dr. jur. Koenigsmann und den Hardeboigt Cumme, und begab sich nach einer kurzen Besichtigung seines dortigen Vorwerks gegen 6 Uhr nach Friedrichruh zurück. Alle Gerüchte über ein Unwohlsein des Fürsten sind aus der Luft gegriffen.

Kapitan Casati ist, wie „Reuters Bureau“ meldet, in Bagamoyo zurückgeblieben und wartet auf die Genesung seines jahrelangen Genossen Emin Pascha, um mit diesem zusammen nach Europa zurückzufahren.

Aus Oberglogau vom 11. d. M. wird der „Maga. Ztg.“ gemeldet: Emin Pascha erklärte in einem Glückwunsch-Telegramm zur goldenen Hochzeit eines ihm nahe verwandten jüdischen Ehepaares seinen Gesundheitszustand als zufriedenstellend.

Das „Berl. Tagebl.“ dementirt jetzt selbst seine Nachricht von der Gefangennahme des Herrn von Gravenreuth; derselbe ist in Bagamoyo angekommen.

Wie in Reichstagskreisen bestimmt verlautet, wird der Reichskanzler zur Berathung des Sozialistengesetzes in Berlin erwartet.

Oesterreich-Ungarn.

* Pest, 14. Januar. Abgeordnetenhaus. Bei der heutigen Spezialdebatte über das Budget des Handelsministeriums erklärte der Handelsminister Baross gegenüber dem Abgeordneten Appony, eine Ausarbeitung bezüglich der Krankenversicherung sei in Vorbereitung und die Frage der Unfallversicherung werde gegenwärtig geprüft. Die Einrichtung von Fabrikinspektoren werde jedenfalls auf dem Wege der Gesetzgebung organisiert werden. Auch mit der Frage der Sonntagsruhe werde er sich beschäftigen, ob schon er damit nicht sympathisire. Der Minister weist auf die Fortschritte der heimischen Industrie hin und bemerkt, die Regierung wende ihre Aufmerksamkeit insbesondere der unteren Donau zu, wo sie beabsichtige, die Zahl der ungarischen Schiffe zu vermehren.

Frankreich.

* Paris, 14. Januar. Die neue Session der gesetzgebenden Körperschaften ist heute eröffnet worden. Ansprachen wurden von den Altersvorsitzenden nicht gehalten. Der Senat vertagte sich alsbald auf nächsten Donnerstag. — Die Deputirtenkammer wählte Floquet mit 215 von 226 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten. Die Wahl eines Vizepräsidenten blieb ohne Ergebnis, weil das Haus nicht mehr beschlußfähig war. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag anberaumt.

Portugal.

* Lissabon, 13. Januar. Der englische Konflikt hat unerwartet eine für die Regierung sehr peinliche Wendung genommen. Salisbury's Note vom 8. Januar schien den Streit damit beizulegen, daß England lediglich den früheren Zustand im Zambesilande forderte, worauf Portugal einging, als der englische Gesandte Petre plötzlich am 10. Januar ein Ultimatum überreichte, worin Salisbury die Rückberufung sämtlicher portugiesischer Truppen und Behörden, sowie die Einstellung aller Expeditionen im Zambesi- und Maschonalande beehrte. Das Ultimatum forderte Portugal auf, innerhalb 24 Stunden den Forderungen Englands zu entsprechen. Der englische Ge-

Zur Rehabilitirung des Alkohols.

Von Dr. med. Julius Lang.

Nachdruck verboten.

Das abschreckende Urtheil, das der Dichter Bürger über die Brauchheit eines Mannes fällt, der „niemals einen Rausch gehabt“, ist nicht ganz ungerechtfertigt. In der That hat der mäßige Genuß eines edlen geistigen Getränkes etwas Erhebendes, und selbst wenn auch einmal des Guten etwas zu viel gethan ist, — nun, der Schaden ist nicht allzu groß und auch vom ethischen Standpunkte aus werden dergleichen Ausschreitungen in dem folgenden „Rasenjammer“ in reichlichstem Maße moralisch und physisch abgebußt. „Gar zu nüchterne Leute sind in der Regel verschlagene Duckelmauser oder widerwärtige Geizträger“, wie sich der bekannte Diätetiker Wiel etwas drastisch ausdrückt.

Fern sei es jedoch von mir, damit etwa der gewohnheitsgemäßen Huldigung des Bacchus, Gambrinus, oder gar des Fieselgottes das Wort reden zu wollen. Denn so verehrungswürdig der brave Mann dasteht, der mit Auswahl und Mäßigung sich dem zeitweiligen Genuß hingiebt, der selbst auch dann nichts von unserer Achtung einbüßt, wenn bei besonderen Gelegenheiten seine Festesstimmung in einem kleinen „Spitz“ den Höhepunkt der Situation erreicht hat, ebenso verabscheuungswürdig ist derjenige, dessen erster und letzter Gedanke der Alkohol ist, der Trinker vom Fach. Die Trunksucht als die Urheberin einer vollständigen körperlichen und geistigen Zerrüttung ist ein bekanntes Bild. Jedoch wie in manchen anderen Dingen hat sich in neuerer Zeit auch hier das Bestreben bemerkbar gemacht, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ich sehe ab von den pietistischen Tendenzen gewisser Mäßigkeitsvereine, wobei jedoch solche Bestrebungen an und für sich, so lange sie sich vom fanatischen Uebereifer fern halten, nur voll und ganz zu billigen sind. Ich sehe ferner ab von den „Tectotalers“, jenen Mitgliedern der amerikanischen Temperenzgesellschaften, die da glauben, Sitte und Moral polizeilich erzwingen zu können. Alle diese dem praktischen Leben wenig Rechnung tragenden Heilslehren sind wenig ernst zu nehmen, weil die Apostel derselben selber sie meist nicht ernst nehmen. Etwas anderes ist es mit einigen Anschauungen, die zwar den rein theoretisirenden Standpunkt nicht verkennen lassen, immerhin aber von so autoritativer Seite herrihren, daß man darüber unmöglich einfach zur Tagesordnung übergehen kann. So behaupten angesehene englische Aerzte, daß die Hälfte aller

Krankheiten durch mißbräuchlichen Alkoholgenuß erzeugt werde. Gewissermaßen als eine unmittelbare Folge dieser pessimistischen Auffassung dürfte dann die Thatsache weiter nichts Auffallendes haben, daß in Chicago ein Krankenhaus existirt, in dessen Statuten ein Paragraph jeglichen Gebrauch des Alkohols grundsätzlich ausschließt. Nicht nur müssen danach sämtliche zur Anwendung kommenden Arzneien frei von Alkohol sein, sondern es müssen sich auch alle angestellten Aerzte verpflichten, keinen Patienten des Hospitals Alkohol in irgend einer Form zu verordnen.

Diesem medizinischen Radikalismus stellt sich der sozialpolitische des Professor Bunge in Basel würdig zur Seite, der vollständige Beseitigung aller alkoholischen Getränke mittelst staatlichen Zwanges, und zwar durch höchstmögliche Besteuerung des Alkohols an der Quelle, also Fabrikatsteuer, anempfiehlt; nur als Medizin will er denselben allenfalls gebraucht wissen. Staatlicherseits ist man übrigens schon lange an einzelnen Stellen, vorzugsweise in nördlichen Ländern, der Alkoholfrage näher getreten, allerdings zunächst nur mit Gesetzesparagraphen drakonischen Gepräges. Nun hat sich selbst das formige Italien es nicht nehmen lassen, Anfang vorigen Jahres ein Gesetz zu Stande zu bringen, wonach mit Geldstrafe belegt wird, wer an öffentlichen Orten betrunken angetroffen wird, während der ganz gewohnheitsmäßige Trinker sogar Freiheitsstrafen zu gewärtigen hat.

In diesem allgemeinen Kampf gegen die „Fuselseuche“ hat man sich, wie schon bemerkt, nicht immer von Uebertreibungen fern gehalten. Gar oft ist außer Acht gelassen worden, daß nicht der Alkohol als solcher es ist, der mit allen Waffen bekämpft werden muß, sondern nur der unmäßige Genuß desselben, zumal in verunreinigter Form. So hat sich denn in den Köpfen einzelner Uebereifriger der Glaube festgesetzt, daß der Alkohol ein teuflisches Gift sei, das unter allen Umständen wie die Pest geköthen werden müsse. Dieser falschen Auffassung muß mit Energie entgegen getreten werden. Denn der Alkohol als solcher hat viele recht gute Eigenschaften, die ihn in vielen Fällen für Gesunde und Kranke gleich unentbehrlich machen. Wenn ich nun auch dem „Sorgenbrecher“ direkt ein Loblied nicht singen will und kann, so läßt es mein Rechtlichkeitsgefühl doch nicht zu, den „Sender der Herzensfreuden“ so allseitig geschmäht zu sehen, weshalb ich mich bemühen will, seinen alten guten Ruf von weiland

Noahs Zeiten her, mit einigen modern-wissenschaftlichen Floskeln verbrämt, wieder herzustellen.

Daß der Alkohol eine bedeutende säulnige und gährungs-widrige Kraft entfalten kann, ist schon lange bekannt; daher er auch vielfach als konservirendes Mittel angewandt wird. Wichtiger ist sein Einfluß auf die Verdauung, die er, in geringen Mengen und entsprechender Verdünnung genossen, dadurch zu beleben vermag, daß er eine reichlichere Absonderung der Verdauungssäfte in Magen und Darm hervorruft. Ist nun aber der Alkohol als ein wirkliches Nahrungsmittel anzusehen? Eine vielumstrittene Frage, die auch heute noch die Gelehrtenwelt in zwei Lager trennt. Es ist jedoch unter keinen Umständen abzuleugnen, daß der Alkohol in gewissen Verhältnissen ein Nahrungsmittel von hoher Bedeutung werden kann. Allerdings ist er in dieser Hinsicht für den gesunden Körper entbehrlich. Hier ist und bleibt er ein Genußmittel, das selbst schon in mittelgroßen Mengen die Verdauung verlangsamen kann. Bei Zuständen aber, wo diese mehr oder weniger darniederliegt, oder wo die Gewebe des Körpers vor allzu rascher Abnutzung (Verbrennung) geschützt werden sollen, ist der Alkohol von unschätzbarem Werth. Indem er, in stark verdünntem Zustande natürlich schnell ins Blut und mit diesem in die Organe des Körpers gelangt, verbrennt er hier zu Kohlenäure und Wasser, Produkte, wie sie auch sonst bei Abnutzung (Verbrennung) der Körpergewebe entstehen. Weil aber nunmehr der Alkohol diese Rolle des Verbrannt- oder Drydirtwerdens übernimmt, schützt er eben dadurch die Körperorgane vor der Verbrennung und übt auf diese Weise einen konservirenden Einfluß auf den Gesamtkörper aus. Wie also die genügende Einfuhr neuer Nahrungsmittel sich verbietet, so vorzugsweise bei gewissen fieberhaften Zuständen, da wird man eben die Oxidation in den Geweben, die ja ihren Gang ruhig fortgeht, durch die des Alkohols ersetzen und so die Aufreihung des Organismus verhindern.

Der Alkohol bildet so zwar kein direktes Nahrungsmittel, indem er selbst keinerlei Stoffe enthält, die zur Ernährung des Körpers nothwendig sind; er theiligt sich aber, wie aus Obigem ersichtlich ist, indirekt an der Erhaltung des Körperbaus; er ist, wie man sich ausdrückt, ein respiratorisches Nahrungsmittel, indem er seine Hauptwirkung in der Drydation, in der Verbrennung entfaltet, die dem Athmungsprozeß entsprechend von Statien geht. Solche respiratorische Nährstoffe

Landte Petre erklärte bei der Ueberreichung dieses Ultimatums, er habe den Auftrag erhalten, falls Portugal den englischen Forderungen nicht sofort nachkomme, am Abend des 11. Januar Lissabon an Bord des englischen Kriegsschiffes „Enchan- treß“ zu verlassen. Gleichzeitig kündigte Petre an, daß die englische Seemacht beauftragt sei, sich bei Dailimane in der Delagoabai und bei Sanet Vincenz zu sammeln. Auf dieses Ultimatum hin, dessen Verwerfung Krieg bedeutete, berief der König am 10. Januar Abends den Staatsrath, welcher die ganze Nacht hindurch berieth und schließlich auf Antrag des Ministers des Aeußeren, Barros Gomez, die englischen Forde- rungen unter ausdrücklicher Rechtsverwahrung annahm. Kaum war diese Nachricht bekannt geworden, als, wie schon kurz er- wähnt, eine ungeheure Erregung sich der Lissaboner Bevölke- rung bemächtigte. Gestern Mittag sammelte sich vor dem Mi- nisterium eine große Volksmenge an, welche fortwährend rief: „Nieder mit dem Ministerium!“ Es wurden Steine gegen die Wohnungen der Minister geschleudert; sodann zog die Volks- menge vor den Königspalast in Belem und schrie: „Nieder mit den Verräthern, es lebe die Republik.“ Schließlich verüb- ten die Volkshausen bedauerliche Ausschreitungen vor dem englischen Konsulat, dessen Wappen herabgerissen und beschimpft wurde. Die Polizei erwies sich als zu schwach und nahm bloß wenige Verhaftungen vor. Die Regierung ließ das Ge- bäude der englischen Gesandtschaft militärisch besetzen. Heute um 1 Uhr Nachmittags findet eine große Volksversammlung statt behufs Annahme einer Entlassungskundgebung gegen die Regierung. Der Rücktritt des Ministeriums ist unvermeidlich. Die Lage ist überaus ernst und kann für die Monarchie in Portugal verhängnißvoll werden.

Zur Wahlbewegung.

d. In der polnischen Kreis-Wählerversammlung, welche am 12. d. Mts. in Schroda stattfand, wurden, nachdem der bisherige Reichstags-Abgeordnete L. v. Gräbe einen parlamen- tarischen Bericht erstattet hatte, als Kandidaten aufgestellt die Herren: L. v. Gräbe (in erster Reihe), Fürst Józef Czartoryski, C. v. Sczaniecki. Herr v. Gräbe erklärte sich zur event. Annahme eines Mandats bereit. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen: die polnischen Abgeordneten möchten dahin wirken, daß mehr polnische Volksschullehrer angestellt werden. Der Landtags-Abgeordnete v. Sczaniecki, welcher anwesend war, versprach, diese Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen, obwohl er wenig Erfolg davon verheißt. — In der Kreiswählerversammlung, welche am 5. d. Mts. für den Kreis Schildberg in Kempen stattfand, erstattete der bisherige Abg. Fürst Ferd. Radziwill einen parlamentarischen Bericht. Der Fürst wurde von der Versammlung erlußt, den Wahlkreis weiter zu ver- treten, und versprach dies auch.

— In Breslau stellen die Freisinnigen für den Ost- bezirk der Stadtverordneten Wacker als Reichstagskandidaten auf. Der Wahlkreis ist gegenwärtig durch den Oberpräsidenten v. Seydewitz im Reichstage vertreten; bei den nächsten Wahlen wird er voraussichtlich von den Sozialdemokraten, denen er 1887 entzogen wurde, zurückerobert werden.

— Ein hannoversches Kartellblatt, die „Zeitschlag“, Kreisblatt für den Kreis Darnberg, flagt über die zunehmenden Sympathien für die Freisinnigen, namentlich in ländlichen Kreisen der Provinz Hannover. Es heißt in dem Artikel: „Man muß es sehen, mit welchem Eifer die Reichstagsberichte studirt und mit welcher Befriedigung die Zeitung aus der Hand gelegt wird, wenn der Leser eine Richterliche Rede gefunden hat.“ „Ja, so'n Kiel mußten wir heben, da hat das Muhl zu den rechten Fleck“, solche und ähnliche Winke kann man gar zu oft hören. Den National- liberalen wird gar zu oft der Vorwurf gemacht, daß die Führer

der selben nicht Fühlung genug mit den Wählern pflegten, und daß deren Kandidat gar zu parjam mit Wahlreden sei, und es sind dies gerade die Punkte, die der hannoverschen Partei zu ihren großen Erfolgen verholfen.“

— Namens des konservativen Wahlkomites in Biele- feld erklärt der Vorsitzende, Hermann Lange, daß bei der vertraulichen Beiprechung in dem eng umschränkten Kreise nichts gesagt worden sei, was der Darstellung in den „Berl. Polit. Nachrichten“ entpricht.

— Aus dem Wahlkreis Sondershausen wird der „Kreuz- ztg.“ geschrieben: Der bisherige auf Grund des Kartells gewählte Abg. Dr. Deahna (nat.) wird eine Wiederwahl nicht annehmen. Es heißt nun, daß zwischen den Kartellparteien eine Einigung nicht erreicht worden, und daß in Folge dessen sowohl die konservative, als auch die nationalliberale Partei mit selbständigen Kan- didaturen in den Wahlkampf eintreten würden.

— Abg. Eugen Richter sprach am Sonntag Nachmittag in Glogau in einer öffentlichen Wählerversammlung im Stadttheater. Alle Räume und Gallerien waren dicht gefüllt und folgte die Ver- sammlung von ca. 1100 Personen unter lebhaftem Beifall den Aus- führungen des Redners über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen, Abg. Richter, der bisher in Glogau noch nicht öffentlich gesprochen hatte, wurde bei seinem Erscheinen von der Versammlung und dem Vorsitzenden derselben, Dr. Müller, lebhaft begrüßt. Nach Schluß der anderthalbstündigen Rede proklamierte Dr. Gabriel unter dem Beifall der Versammlung die Wiederan- nahme der Kandidatur seitens des bisherigen freisinnigen Abgeord- neten Maager.

— Im Wahlkreis Dresden-Neustadt werden die Stimmen der Freisinnigen auf den Namen des Rechtsanwalts Albert Träger-Nordhausen abgegeben werden.

— Im Wahlkreis Rosenberg-Löbau (Westpreußen) werden die freisinnigen Stimmen laut Beschluß einer freisinnigen Ver- sammlung in Deutsch-Gylau für Herrn v. Reibnitz-Heinrichau abgegeben werden.

— In Grünberg fand am Sonntag eine von 1300 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher der freisinnige Kandidat des Wahlkreises, Rentier Louis Jordan-Berlin, der frühere Stadtverordnetenvorsteher in Glogau unter lebhaftem Bei- fall seine Ansichten darlegte.

Militärisches.

r. Personal-Veränderungen. v. Monhart, Oberst und Kommandeur des 3. Niederbayerischen Inf. Regts. Nr. 50, von diesem Verhältnis entbunden und unter Stellung à la suite des 1. Bad. Leib-Gren. Regts. Nr. 109, nach Württemberg, behufs Uebernahme des Kommandos des Gren. Regts. König Karl (5. Königl. Württemberg.) Nr. 123 kommandirt. v. Studrad, Oberst- Leut. und etatsmäß. Stabsoffizier des Fü. Regts. Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollern.) Nr. 40, mit der Führung des 3. Niederbayer. Inf. Regts. Nr. 50, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt.

— Eine Anzahl Veränderungen, welche die neu erschienene Rangliste aufweist, haben wir bereits mitgetheilt. Der General- stab der Armee hat, wie schon gemeldet, eine wesentlich andere Ge- staltung durch Aufstellung der drei Ober-Quartiermeister erfahren. Die Eisenbahn-Abtheilung des Generalstabes ist gegen früher be- deutend erweitert worden, das geht schon daraus hervor, daß sich die Zahl der Linienkommissare von 11 auf 14 erhöht hat, außerdem sind aber noch Eisenbahnkommissare angestellt, wovon einer bei einer Linienkommission, die übrigen fünf in der Eisenbahnabtheilung Dienste leisten. Bei dem Präses der Landesverteidigungs-Kom- mission, Generalfeldmarschall Graf v. Moltke, ist der in der letzten Zeit vielbesprochene Orden pour le mérite mit der Krone und Brillanten bezeichnet, ein Uniform in der Rangliste, ebenso wie das schon längere Zeit darin enthaltene Großkreuz des rothen Adlerordens mit Eichenlaub, Krone, Szepter und Schwert beim Fürsten Bismarck. Die Stellen der oberen Kommandobehörden sind im verfloßenen Jahre durchschnittlich mehr in denselben Händen geblieben, als das in früheren Jahren der Fall war, bei der Neu- bildung des 16. und 17. Armeekorps in diesem Jahre wird jedoch voraussichtlich eine große Personalveränderung eintreten.

Eigenschaft ein mäßiges Beförderungsmittel der Heilung bilden. Diese Anschauungen haben um so höheren Werth, als sie nicht aus hypothetischen Mathematischen hervorgegangen sind, sondern sich auf den sicheren Boden des Experiments und der Er- fahrung stützen.

Es ist bekannt, daß bei Gesunden kleine Mengen Alkohol im Magen und auf der Haut ein deutliches Gefühl erhöhter Wärme hervorbringen. Ist die Alkoholeinnahme aber etwas reichlicher, so ist dieses Wärmegefühl nur ein scheinbares; denn thatsächlich ist alsdann die Körpertemperatur um durch- schnittlich einen halben Grad gesunken, wovon man sich durch Messungen mit dem Thermometer vielfach überzeugt hat. Verhältnißmäßig große Mengen jedoch erniedrigen die Tempe- ratur gleich um mehrere Grade, und dieser gesunkene Wärme- zustand kann selbst bis mehrere Stunden anhalten. Der Grund des subjektiven Wärmegefühls ist in einer Art Läh- mung jeder Nerven zu suchen, die die Blutgefäße auf ihrem normalen Kaliber erhalten; durch diese Lähmung nun büßen die kleinen Gefäße dann ihre normale Spannung ein und er- weiten sich unter dem Druck des anströmenden Blutes. Diese erweiterten Gefäße nehmen aber mehr Blut in sich auf, daher das erhöhte Wärmegefühl. Durch die größere Blut- fülle wird jedoch auch eine bedeutendere Wärmeabstrahlung und eine vermehrte Wasserverdunstung herbeigeführt, daher der objektive Temperaturabfall, der nun so lange anhält, bis die Gefäßnerven ihren lähmungsartigen Zustand überwunden und in Folge dessen die Blutadern sich wieder auf ihr normales Volumen zurückgezogen haben. Es ist einleuchtend, daß solche oft wiederholte Entlastung des Blutes von der überflüssigen Wärme für die Dekonomie des fiebernden Organismus von großer Bedeutung sein muß.

Und nicht nur gegen das Fieber allein werden weingeistige Getränke mit Erfolg angewandt. Bei allen jenen Schwäche- zuständen, wie sie so häufig im Verlauf schwerer fieberhafter Krankheiten sich einstellen, ist es der Alkohol, der die sinkenden Kräfte aufrecht erhält. Er macht, daß das Blut schneller durch die Adern rollt. Dadurch aber wird dieses lebenswichtige Element auch schneller und reichlicher den edleren Organen, von deren promptem Funktioniren das körperliche Dasein ab- hängig ist, zugeführt, wodurch die Lebensgeister immer von neuem angefaßt werden und so dem Körper über die Krise hinweggeholfen wird.

An die Stelle der eingegangenen Kommandantur Memel ist die Kommandantur von Bitch im Elsaß getreten. Bei dem Verwal- tungsbeamten ist für die Magazinbeamten der Titel „Proviant- amts-Direktor“ neu eingeführt; denselben haben die Vorstände der bedeutendsten Proviantämter erhalten, wodurch mehrfache Ver- schiebungen in dem Rangverhältnisse dieser Beamten vorgekommen zu sein scheinen. Die Verwendung aus dem aktiven Dienste aus- geschiedener Offiziere als Bezirks- und Kontrolloffiziere bei der Landwehr hat sich ebenfalls erweitert, indeß fungiren als Vorstände der Hauptmelde- und Meldeämter, sowie in den Kompagniebezirken doch meistens noch Reserve- und Landwehr- Offiziere. In wie bedeutender Weise die Verjüngung der Ar- mee seit den letzten Kriegen vor sich gegangen ist, läßt sich am besten aus dem Vorhandensein des Eisernen Kreuzes schließen. Bei Offizieren des aktiven Dienststandes ist es zwar noch oft, aber nur bei den älteren bis zu den Hauptleuten, aus deren Reihen es auch schon weicht, zu finden, aber bei den Reserve- und Landwehr- Offizieren gehört es thatsächlich zu den Seltenheiten.

Die Eröffnung des Landtags.

(Telegramm.)

Berlin, 15. Januar. Die Thronrede, mit welcher der Minister v. Boetticher den Landtag eröffnete, lautete fol- gendermaßen: Se. Majestät der Kaiser und König hat mir den Auftrag erteilt, den Landtag der Monarchie zu begrüßen und Allerhöchst seinem Dank für die mannigfachen Beweise der Ergebenheit und Treue Ausdruck zu geben, welche dem Kaiser und der Kaiserin aus verschiedenen Provinzen neuerdings entgegengebracht worden sind. Der Kaiser versichert, daß die tiefe Trauer, in welche das kaiserliche und königliche Haus durch das Hinscheiden der Kaiserin Augusta versetzt worden ist, im ganzen Lande mitempfunden und das Andenken an ihre gegenwärtige Thätigkeit auf dem Gebiete der Nächstenliebe im Gedächtniß des Volkes fortleben wird. Die Finanzlage des Staates nach dem Abschluß der letzten und der bisherigen Ergebnisse des laufenden Rechnungsjahres ist wiederum eine günstige. Die über die Vorausschlüsse hinausgehenden Ein- nahmen wichtiger Verwaltungszweige sind indeß in gleicher Höhe in den nächsten Jahren nicht zu erwarten, während die Verminderung des Ausgabe- Bedarfs fast nirgends, ein weiteres nothwendiges Wachsen desselben dagegen an zahlreichen Stellen in Aussicht ist. Schon für das nächste Jahr wird eine erhebliche Steigerung der Matrikularbeiträge für das Reich vorzusehen sein. Die Gunst der heutigen Lage entbindet deshalb nicht davon, durch eine vermehrte Tilgung der Staatsschuld die Zukunft thunlichst zu entlasten und erhöhte Vorsicht in neuer Belastung derselben zu üben. Unter Ihrer bereitwilligen Mitwirkung ist in den letzten Jahren eine Verbesserung der Beamten-Befolgungen durchgeführt, welche zwar erfreuliche und werthvolle Anfänge zu der erstrebten allgemeinen Erhöhung der Dienstentnahmen bilden, hinter dem Bedürfnis, namentlich in den unteren und mittleren Stellen aber wesentlich zurückbleiben. Die Regie- rung hält sich deshalb für verpflichtet, weitere Erhöhungen mit Ihnen zu vereinbaren. Außerdem werden neue vermehrte Ausgaben vorzusehen sein für die Erfordernisse des Staats- dienstes, die regelmäßige Pflege von Kunst und Wissenschaft und für Verkehrsanstalten aller Art, sowie für das land- wirtschaftliche Gewerbe. Der Entwurf des Staats- haushalts- Etat für 1890/91 wird alsbald zur

Geradezu lebensrettend aber kann der Alkohol sich in jenen Zuständen zeigen, wo gefährliche Blutungen, noch bevor diese an und für sich tödtlich wirken, den Lebensfaden dadurch zu kürzen drohen, daß lebenswichtige Körpertheile, vorzugsweise das Gehirn, nicht mehr die zur Aufrechterhaltung der Körper- kräfte erforderliche Blutmenge empfangen. Und selbst, nachdem die Hauptgefahr der Blutung gehoben, ist meist noch die da- durch entstandene akute Blutleere verderbenbringend. Hier ist es nun wieder der Alkohol, der das Herz zu kräftigen Kon- traktionen anregt und so die Körperorgane mit Blut versorgt. Diese anregende Wirkung, die der Alkohol auf das Herz aus- übt, ist es auch vorzugsweise, die ihn in neuester Zeit zu einem so beliebten Mittel bei der Diphtheritis gemacht hat. Da bei dieser bössartigen Krankheit die Hauptgefahr in der sich bald einstellenden Herzschwäche liegt, so sucht man dieser von vorne- herein durch große Gaben alkoholischer Getränke zu begegnen. Dabei hat man die Erfahrung gemacht, daß auch die Grund- krankheit selber durch diese Medikation günstig beeinflusst wird. So ist es gekommen, daß heutzutage der Alkohol nicht nur bei Diphtheritis, sondern auch bei anderen Leiden, namentlich bei Bräune (Eroup), Lungenentzündung u.s. w. vielfach, und zwar mit günstigem Erfolg, in Anwendung gezogen wird. Man giebt ihn hier nicht innerlich ein, sondern läßt ihn, auf feine Watte gegossen, direkt einathmen.

Daß bei der Anwendung des Alkohols zu Heilzwecken mit der größten Vorsicht, namentlich bei Kindern, vorgegangen werden muß, ist selbstverständlich. Wenig angebracht wäre ferner ein schablonenhaftes Verfahren, das, ohne zu individuali- siren, den Krankheiten unter allen Umständen mit diesem ver- meintlichen Universalmittel zu Leibe gehen zu müssen glaubt. Hier dürfte der Erfolg wohl oft ausbleiben, ja häufig vielleicht sogar in das Gegentheil umschlagen. Nur an richtiger Stelle, und hier zur rechten Zeit, in passender Form und zweckent- sprechender Dosis angewandt, ist der Alkohol ein Heilmittel, und zwar dann auch ein Heilmittel ersten Ranges.

Mit Recht verdient diese wichtige Flüssigkeit, daß sie aus dem Dunkel, und der Zurücksetzung in Folge ihrer vielfach miß- bräuchlichen Verwendung als „Stoff“, zum Range eines Nähr- und Heilmittels erhoben werde, zu welcher Standeserhöhung ich mit diesem meinem Rehabilitationsversuch ein kleines Scherf- lein beigetragen haben möchte.

braucht auch der gesunde Mensch. Nun wäre es verkehrt, wenn er sich dazu des Alkohols bedienen wollte, des Kosten- punktes wegen sowohl, wie seiner immerhin unerwünschten Neben- und Nachwirkungen. Billiger und unschädlicher sind die Stoffe, aus denen der Alkohol hergestellt wird, nämlich Stärke und Zucker. Die pflanzlichen Nahrungsmittel bilden also für den gesunden Organismus das, was für den Kranken der Alkohol ist: ein Schutzmittel der Gewebe vor dem zu raschen Zerfall, wie er schon in der normalen, in fieberhaften Zuständen aber erhöhten Oxydation gegeben ist.

Damit kommen wir auf einen anderen wichtigen Punkt, nämlich die Anwendung des Alkohols als Heilmittel. Seit den Tagen des klugen und vielerfahrenen ersten Christlichen Missionars, des Apostel Paulus, der seinem Schüler Timotheus anrieth, Wein statt Wasser zu trinken, weil er oft krank sei, bis auf unsere Zeit haben alkoholische Getränke ihren Ruf als Heilmittel bewahrt. Sehen wir ab von seiner außer- lichen Anwendung zur Desinfektion von Wunden, wie er namentlich in früheren Zeiten in der Form der Arnika- tinktur sehr beliebt war — heutzutage dürfte er freilich überall durch das Heer der Antiseptika ersetzt sein —, so wird er noch vielfältig bei Hautkrankheiten, ferner gegen die aufreibenden nächtlichen Schweiß der Lungenentzündungen, und andere Krankheitsfälle mit Erfolg ins Feld geführt. Seine Hauptanwendung findet er aber in fieberhaften Zu- ständen in Folge seiner unschätzbaren Eigenschaft, die Tem- peratur des Körpers herabzusetzen. Bis man sich jedoch zur Anerkennung dieser Thatsache bequem hat, mußten noch viel- fache und erbitterte Kämpfe durchgemacht werden. Sah sich doch noch im Jahre 1844 Dr. Kirchgeßner in Koblenz zu einer öffentlichen Rechtfertigung genöthigt, weil er einem Typhus- kranken Champagner verabfolgt hatte. Selbst im Jahre 1865 konnte der berühmte Heidelberger Chirurg Becker noch behaupten, daß es ein bedenklicher Leichtsinns sei, fiebernden Menschen Wein zu geben, denn der Wein steigere die Tem- peratur und vermehre somit das Fieber. In der Konsequenz eines Ausspruches von Rahn-Meyer in Zürich, daß die Ge- sunden zu viel, die Kranken zu wenig Alkohol nähmen, ist man aber nun schließlich heutzutage auf dem Standpunkt an- gelangt, vor dem allzu freigiebigen Gebrauch des Alkohols am Krankenbett warnen zu müssen. Trotz alledem sind den modernen Anschauungen gemäß weingeistige Getränke bei Fieber- kranken unentbehrlich, indem sie wegen ihrer fieberwidrigen

vorschriftsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden. — Der Vertrag vom 10. Mai 1833, durch welchen die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern im Gebiete des thüringischen Zollhandelsvereins geregelt wird, entspricht nicht mehr den vielfach veränderten Verhältnissen; daher ist unter dem 10. November 1889 zwischen den Bevollmächtigten der Vereinsstaaten ein neuer Vertrag vereinbart worden, welcher die Fortsetzung der bisherigen Gemeinschaft in besserer Weise sichern soll. Der Vertrag wird Ihnen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden. Der in voriger Session in Aussicht gestellte Gesetzentwurf, welcher die bisherige Klassen- und Einkommensteuer in eine einheitliche Einkommensteuer umzugestalten und weitere Reformen auf dem Gebiete der direkten Steuern vorzubereiten bestimmt war, sollte die bestehende Grund- und Gebäudesteuer zunächst unberührt lassen. Die im Landtage vorweg geführten Verhandlungen ließen jedoch erkennen, daß auf die seit geraumer Zeit beobachtete Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände größerer Werth gelegt und deren unmittelbare Verwirklichung in erster Linie erstrebt würde. Die Regierung hat daraus Veranlassung genommen, den Rahmen der Vorlage dergehalt zu erweitern, daß die Reform der Einkommensteuer und Ueberweisung der Realsteuern an die Kommunalverbände damit verbunden und gleichzeitig zur Erledigung gebracht werden. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet. Um die Vortheile der einheitlichen Staatsverwaltung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens weiteren Landestheilen zuzuwenden, wird die Erwerbung von Privatbahnen in Vorschlag gebracht werden. Auch in diesem Jahre wird Ihnen eine Vorlage wegen Ausdehnung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Staatsbahnenwesens zur Beschlußfassung zugehen. Die vorjährige Ernte war in mehreren Landestheilen eine ungünstige; Dank den Vortheilen, welche die Zolleinrichtungen des Reiches der vaterländischen Landwirtschaft gewähren, ist die Hoffnung begründet, daß die schwierige Lage, in welche die landwirtschaftliche Bevölkerung jener Landestheile durch den Ernteausschlag gekommen ist, ohne dauernd nachtheilige Folgen zu überwinden sein wird.

Die Regierung hält es für nothwendig, die Möglichkeit, Grundeigenthum zu erwerben und sich festhaft zu machen, mehr als bisher zu erleichtern. Es wird Ihnen deshalb ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen für den Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken das Rechtsinstitut der Rentengüter eingeführt werden soll. Das erfreuliche Bild, welches der Aufschwung des Handels und der Gewerbetätigkeit im Laufe des letzten Jahres dargeboten hat, ist getrübt worden durch die Arbeiterausstände, welche namentlich in den Steinkohlen-Bezirken im großem Umfange unter Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist und theilweise nicht ohne Gewaltthatigkeiten stattgefunden haben.

Es hat Se. Majestät mit Befriedigung erfüllt, daß die Arbeitgeber vielfach mit Zurückstellung der eigenen Interessen bestrebt gewesen sind, den begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhilfe zu schaffen und selbst weitgehenden Forderungen derselben entgegen zu kommen. Seine Majestät halten sich danach zu der Erwartung berechtigt, daß fernere Versuche zur Störung der Eintracht zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern an dem gefunden Sinne der Bevölkerung scheitern werden, und daß für die gesamte Arbeiterschaft nicht minder wie für den Bestand der Industrie die gefährlichen Unterbrechungen der wirtschaftlichen Thätigkeit fortan unterbleiben. Die Regierung, welche eine eingehende Untersuchung der von den Bergarbeitern erhobenen Beschwerden und Forderungen vornehmen ließ, wendet dieser Frage unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu, andererseits traf sie Vorkehrungen, daß jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde, die Fürsorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen gab sie durch ihre Mitwirkung an der Gesetzgebung des Reiches über die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität Ausdruck; sie wird ferner nicht ablassen weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben. Seine Fürsorge in Verbindung mit der eingetretenen Steigerung der Löhne bietet die Gewähr, daß das Bewußtsein einer mehr gesicherten Lage die Arbeiter in wachsendem Umfange durchdringen werde.

Zur Vereinfachung der über die Errichtung notarieller Urkunden bestehenden Vorschriften und zur möglichststen Regelung des Kostenansatzes in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden Ihnen Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Ueber die Ausführung des Gesetzes vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch das Hochwasser des Jahres 1888 herbeigeführten Verheerungen geht Ihnen eine Devisenliste zu.

Zur Fremde Sr. Majestät sind die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten nach allen Seiten gute. Seine Majestät giebt sich der Zuversicht hin, daß Ihre Arbeiten auch in der neuen Session von dem Geiste vertrauensvollen Zusammenwirkens mit der Staatsregierung getragen und zur Förderung des Wohles und Gedeihens des Landes gereichen werden.

Berlin, 15. Januar. Nach einem Telegramm aus Zanzibar ist eine vollständige, die Interessen beider Faktoren fördernde Verständigung über eine Zoltpacht zwischen dem Sultan von Zanzibar und dem Bevollmächtigten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Rohsen, erzielt; die Gesellschaft begrüßt dieses Resultat mit großer Genugthuung.

Berlin, 15. Januar. Das große Loos der preussischen Lotterie fiel auf die Nummer 95887.

München, 15. Januar. Die Abgeordnetenversammlung wählte

den Hofrath Neumayer = Kaiserslautern (liberal) zum Vizepräsidenten

Wien, 15. Januar. Die Beschwerde des Schulvereins für Deutsche wegen seiner Auflösung ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden.

Rom, 15. Januar. Die Enchirika des Papstes über die Pflichten der Katholiken in der jetzigen Zeit erscheint morgen.

Ämtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen vom 15. Januar 1890.

Gegenstand.		gute W.	mittl. W.	gering. W.	Mittel.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Weizen	höchster	—	—	19	40
	niedrigster	—	—	18	60
Roggen	höchster	—	—	17	70
	niedrigster	—	—	16	60
Gerste	höchster	—	—	15	90
	niedrigster	—	—	14	50
Hafer	höchster	—	—	15	90
	niedrigster	—	—	15	50

Gegenstand.		gute W.	mittl. W.	gering. W.	Mittel.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Stroh	höchst.	7	50	7	25
Prunnen	höchst.	6	25	5	75
Heu	höchst.	—	—	—	—
Erbsen	höchst.	—	—	—	—
Linjen	höchst.	—	—	—	—
Bohnen	höchst.	—	—	—	—
Kartoffeln	höchst.	3	20	2	40
Rindfl. v. d.	höchst.	1	40	1	20
Neule v. 1 kg	höchst.	1	40	1	30

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.					
Posen, den 15. Januar.					
feine W. mittl. W. ord. W.					
Pro 100 Kilogramm.					
Weizen	19	30	18	80	17
Roggen	17	20	17	16	80
Gerste	17	20	15	20	13
Hafer	16	20	15	60	14
Kartoffeln	2	60	2	—	—

Börse zu Posen.					
Posen, 15. Januar. [Ämtlicher Börsenbericht.]					
Spiritus.	Gekündigt	—	—	—	—
	70er Dez.-Januar	49,70	—	—	—
	70er April-Mai	49,70	—	—	—
	70er Juni-Juli	30,20	—	—	—
	70er Aug.-Sept.	30,20	—	—	—

Börsen-Telegramme.					
Berlin, den 15. Januar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)					
Not. v. 14.					
Weizen ruhig	201	—	201	50	—
pr. April-Mai	201	—	201	50	—
pr. Juni-Juli	176	—	177	—	—
pr. April-Mai	174	—	175	25	—
pr. Juni-Juli	67	50	67	50	—
pr. April-Mai	63	80	63	70	—

Not. v. 14.					
Spiritus matt	32	10	32	20	—
70er lofo o. Faß	31	50	31	50	—
70er Dez.-Januar	32	60	32	70	—
70er April-Mai	34	20	34	20	—
70er Juni-Juli	51	30	51	30	—
70er Aug.-Sept.	31	40	31	60	—
70er April-Mai	32	60	32	70	—
70er Aug.-Sept.	34	20	34	40	—
50er lofo	51	20	51	40	—

Not. v. 14.					
Konfolidirte 48 Anl. 106	70	106	70	106	70
3 1/2	103	103	50	103	50
Poln. 58 Pfandbr.	67	10	67	10	67
Poln. Liquid.-Pfandbr.	61	90	61	90	61
Ungar. 48 Goldrente	88	10	88	10	88
3 1/2 Pfandbr.	99	90	99	90	99
Poln. Rentenbriefe	103	80	104	—	—
Deft. Banknoten	173	50	173	—	—
Deft. Silberrente	76	50	76	—	—
Russ. Banknoten	226	60	227	10	—
Russ. 48 Pfandbr.	99	90	99	90	99

Not. v. 14.					
Schwarzkopf	263	50	264	—	—
Königs-u. Laurab.	175	75	176	60	—
Dortm. St. Br. La. 133	—	133	25	—	—
Italienische Rente	94	50	94	60	25
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—

Not. v. 14.					
Schwarzkopf	263	50	264	—	—
Königs-u. Laurab.	175	75	176	60	—
Dortm. St. Br. La. 133	—	133	25	—	—
Italienische Rente	94	50	94	60	25
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—

Not. v. 14.					
Schwarzkopf	263	50	264	—	—
Königs-u. Laurab.	175	75	176	60	—
Dortm. St. Br. La. 133	—	133	25	—	—
Italienische Rente	94	50	94	60	25
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—
Ulm. 1880	94	25	94	25	—

4. Klasse 181. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 14. Januar 1890. — 1. Tag Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)
15 75 104 72 276 82 390 498 (500) 591 621 812 924 84 1016 76 477 703
6 86 808 77 949 2104 250 408 17 74 587 730 79 838 907 3148 332 517
24 723 76 (500) 828 63 4056 104 (3000) 83 469 502 606 765 85 890
930 44 60 5063 (1500) 894 452 96 533 706 33 822 41 (300) 48 974
6013 271 378 443 535 627 33 65 94 704 40 74 900 7069 94 143 98
206 77 78 83 88 335 91 593 84 639 854 937 49 69 94 8054 128 224 94
379 402 523 84 607 33 748 83 813 51 9018 424 127 61 88 350 515
59 715 943 96
10043 85 144 220 89 305 95 427 50 74 (3000) 522 753 827 936
56 (300) 11003 (300) 9 (300) 108 307 48 91 449 587 701 6 61 829
927 (300) 12026 98 104 82 434 55 77 81 541 679 787 935 13021 101
31 77 79 84 373 80 439 52 83 523 603 (300) 59 705 12 45 (500) 56 (500)
830 57 68 14006 13 134 63 206 406 27 66 642 778 874 968 80 15019
57 111 212 357 440 61 72 662 64 709 12 16018 171 287 324 96 593
675 79 (3000) 94 (3000) 720 900 (300) 94 17013 44 55 88 338 438 557
628 748 96 63 18 100 58 90 305 13 14 17 425 601 64 776 19 017 (3000)
33 201 11 303 60 554 610 884 90 955 68 76
20 229 79 369 418 81 91 509 16 73 714 807 13 900 21 036 463 537
47 631 61 760 (500) 78 846 59 952 22 004 249 82 86 347 538 834 (300)
23 142 95 206 (500) 50 55 69 367 651 54 (300) 69 76 835 92 24 096
244 47 300 14 498 545 657 (300) 769 844 976 25 066 76 132 300
9 50 402 94 669 600 707 (1500) 52 59 865 26 069 200 7 13 82 336 83
608 43 62 (300) 870 987 27 104 261 344 51 478 92 529 90 96 603 767
94 812 37 28 015 287 90 91 93 304 458 520 730 991 29 150 332 99
492 565 95 767 92 819 82 88
30 176 330 (1500) 80 82 495 510 (1500) 627 723 (300) 69 31 122
28 72 207 30 337 474 681 721 810 32 005 119 312 44 934 88 564 869
83 71 33 092 93 362 481 83 564 601 41 850 55 (300) 71 943 34 005 93
99 101 202 54 422 38 35 013 44 159 257 511 (500) 88 656 705 825 30
985 36 194 255 332 (300) 37 435 60 548 66 695 736 982 37 025 37 73
165 304 96 407 604 45 774 915 38 143 419 667 762 88 39 068 149 290
426 37 573 616 788 870 957
10069 158 239 450 588 615 63 821 90 989 72 41003 9 30 259 96
442 45 628 811 905 35 48 62 42149 65 244 376 79 517 59 663 (500) 726 56
43058 149 57 209 46 99 306 41 68 441 557 71 652 921 44040 62 204
26 377 530 48 604 56 774 803 76 99 (10 000) 45009 84 104 223 50 522 72
633 842 46022 178 83 229 37 40 444 47101 201 64 96 389 560 796
984 (500) 48013 64 292 301 5 13 425 95 541 639 51 718 891 966 49082
190 228 89 351 61 620 (3000) 79 885 975 (500)
50000 207 8 629 50 57 63 (3000) 822 978 79 51277 469 93 683 740
913 (1500) 52131 201 343 85 412 591 (500) 634 700 22 849 56 60 84
95 936 53058 135 60 200 6 322 657 855 979 91 54012 31 192 424 71 814
40 50 84 (300) 912 65 55124 280 304 517 864 56045 211 801 11 91
956 57184 202 88 (3000) 369 852 58037 50 54 58 233 301 400 72 728
49 83 (3000) 841 59090 250 445 53 765 979
60033 37 99 139 78 242 44 349 485 580 724 55 61031 51 242 49
68 90 (3000) 354 89 427 42 793 805 48 62064 92 97 256 350 521 81 82
722 54 814 908 57 63091 244 446 76 90 501 11 40 (3000) 636 848 82 (300)
64170 80 289 336 435 70 88 732 35 63 812 951 65000 127 233 (300)
77 307 80 456 62 500 32 66014 23 503 693 759 85 820 42 91 (10 000) 957
91 67073 194 278 338 407 31 68 514 706 31 922 31 68066 242 73 386
421 592 918 69053 76 350 56 430 34 536 62 77 615 (300) 82 773 805
947 98
70029 138 289 320 532 44 677 996 71015 18 74 80 151 55 279 317
27 (500) 45 408 97 529 (300) 691 95 844 56 959 72444 88 410 11 26 37
566 89 734 902 73208 10 (300) 311 597 677 94 742 53 823 989 74061
173 203 49 375 511 23 936 50 75152 224 49 300 29 435 94 99 515 (500)
57 69 94 787 943 91 76135 61 75 212 319 28 415 62 579 602 8 (300)
24 77 746 898 917 (1500) 77110 76 204 82 479 594 670 893 962 83
78099 194 505 621 967 72 79208 438 540 (500) 616 26 (300) 772 89 95
986 85
80045 505 709 10 822 78 945 57 81004 88 (300) 200 333 75 413 656
862 93 976 82044 140 87 (300) 341 425 524 27 79 (1500) 624 706 849
92 966 (300) 77 83284 887 406 65 627 52 705 49 90 84004 43 145 (5000)
90 267 483 620 742 807 85235 42 62 92 367 474 95 501 832 (900) 54
92 86039 254 (1500) 685 843 69 80 934 (1500) 87048 151 332 53 73
78 476 802 945 88150 295 (1500) 487 550 60 762 890 935 68 84 89015
352 68 437 771 (500) 971